



Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 22 / Folge 17

2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 24. April 1971

3 J 5524 C

Wird Berlin Brandts Stalingrad?

Die Bundesregierung muß leichtfertig geweckte Hoffnungen auf befriedigende Berlin-Lösung abbauen — Vorschlag unannehmbar

BERLIN/HAMBURG — Selbst die Berliner SPD hat sich mit ungewöhnlicher Schärfe gegen das von dem sowjetischen Botschafter vorgelegte Papier gewandt und den Entwurf als eine „Kapitulationsurkunde“ bezeichnet. Das Organ des SPD-Landesverbandes, die „Berliner Stimme“, kam zu der Feststellung: „Moskaus Vorschlag ist völlig unannehmbar.“

Diese Feststellung der Berliner Sozialdemokraten dürfte vor allem Bundeskanzler Brandt wenig gelegen gekommen sein, der es als eine „Beeinträchtigung der deutschen Interessen“ bezeichnet hatte, wenn das Berlin-Thema zunehmend zum Gegenstand innerpolitischer Auseinandersetzungen gemacht werde. Dadurch werde erschwert, so ließ der Kanzler durch Staatssekretär Ahlers verbreiten, „die Verhandlungen im deutschen Sinne positiv zu beeinflussen“. Auf die Erklärung der Berliner SPD ging Brandt nicht ein.

Gerade die jüngste Entwicklung bei den Botschaftergesprächen und das über eine Warschauer Zeitung veröffentlichte Papier lassen erkennen, daß die Bundesregierung leichtfertig geweckte Hoffnungen abbauen muß. Nur so ist erklärlich, daß mit immer wieder neuen Erklärungen versucht wird, die bundesdeutsche Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, daß eine befriedigende Berlin-Lösung noch sehr viel „Zeit und Mühe“ in Anspruch nehmen wird. Bekanntlich hatten führende Politiker der derzeitigen Bundesregierung — wie zum Beispiel Außenminister Scheel — eine befriedigende Lösung „noch in diesem Jahre in Aussicht“ gestellt und Regierungssprecher Ahlers nannte in diesem Zusammenhang sogar den 30. September 1971. Inzwischen jedoch dürfte — insbesondere nach Kenntnisnahme des sowjetischen Berlin-Papiers, das Sowjetbotschafter Abrassimow den Vertretern der drei Westmächte überreicht hatte — in Bonn deutlich geworden sein, daß mit der angekündigten Lösung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Ein hoher Beamter, dem das Sowjetpapier bekannt ist, vertrat denn auch die Meinung: „Es müßte schon ein Wunder geschehen“, wenn überhaupt eine Berlin-Regelung zustande komme, die die Bezeichnung „befriedigend“ verdiene. Angesichts dieser wenig ermutigenden Ausblicke soll in Regierungskreisen die Hoffnung auf den Nullpunkt gefallen sein.

So hat denn auch die in London erscheinende bekannte Zeitung „Spectator“ die Frage gestellt: Könnte Berlin Brandts Stalingrad sein? Der Kanzler, so schreibt das Blatt, müsse, wenn er seine Ostpolitik den 36 Millionen Wählern schmackhaft machen will, auch spürbare Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Berliner erreichen. „Sein nicht mehr zu reduzierendes Minimum“ — so der „Spectator“ — „obwohl die Vergangenheit lehrt, daß dieser Ausdruck nicht vor dem Schrumpfen gefeit ist — bedeutet Reisefreiheit für die West-Berliner, die zur Zeit



Nach seinem Besuch im Weißen Haus erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, Präsident Nixon habe in der Berlin-Frage einen sehr festen Standpunkt vertreten. Foto dpa

zwischen Mauer und Drahtverhau eingesperrt sind, durch ihr Heimatland und eine kommunistische Hinnahme der Tatsache, daß die isolierte Enklave administrativ, finanziell und wirtschaftlich mit Westdeutschland verbunden ist.“

Der frühere Bundeskanzler Kiesinger hat im Zusammenhang mit der Ostpolitik die Auffassung vertreten, die Bundesregierung habe sich dabei in ein Abenteuer gestürzt.

Tatsächlich scheint das von Abrassimow vorgelegte Papier zu beweisen, daß die Bundesregierung in einem Irrtum befangen war, wenn sie glaubte, durch Vorleistungen eine Besserung des allgemeinen politischen Klimas herbeiführen zu können. Der Stand der Berlin-Verhandlungen auch nach dem letzten Botschaftergespräch läßt für die von Bonn genährte Hoffnung auf eine befriedigende Lösung jedenfalls keinen Raum.

O. S.

Wer wünscht sich schon die Cholera?

H. W. — Wenn die Regierung es als ihr gutes Recht betrachtet, die Vorteile der von ihr geschlossenen Verträge herauszustellen — wobei es für den politischen Normalverbraucher ohnehin schwierig ist, solche überhaupt zu erkennen — dann ist die Pflicht der Opposition ihre guten Gründe darzulegen, die gegen die Ratifizierung dieser Verträge sprechen. Drohungen der anderen Seite, bei einer Verzögerung oder Nichtratifizierung müsse sich das Klima verschlechtern, sind durchaus verständlich, denn für die Sowjetunion wäre mit diesem Vertrag von Moskau wirklich die Frucht des Zweiten Weltkrieges in die Scheuern gebracht.

Aber wir sollten uns zur Wehr setzen, wenn in einer gewissen bundesdeutschen Publizistik der Eindruck erweckt wird, als seien diejenigen, die sich gegen die Verträge aussprechen, in denen lediglich die sowjetische Hegemonie über Osteuropa und die Wegnahme der deutschen Ostgebiete vertraglich sanktioniert wird, nun unverbesserliche kalte Krieger. Das führt letztlich zu der Vereinfachung: nur diese Verträge sichern den Frieden. Wer nicht für die Verträge ist, ist damit zwangsläufig für den Krieg. Eine solche Versimpelung läuft letzten Endes auf die Frage hinaus: Sind Sie für die Cholera? — Natürlich ist niemand dafür und ebenso wenig ist jemand für den Krieg. Gerade die Heimatvertriebenen haben zu einer Zeit, da die neue Ostpolitik noch kein Modewort der Zeit war, auf jede Anwendung von Gewalt verzichtet und mit unseren östlichen Nachbarn eine Neuordnung angestrebt, die auf dem Recht der Selbstbestimmung begründet ist.

Dabei sollte die Sowjetunion, die das Selbstbestimmungsrecht bei anderen Völkern dann zur Parole erhebt, wenn es darum geht, alte Ordnungen zu stürzen, dieses Recht auch den Nachbarn im Westen zugestehen. Denn die weltpolitische Entwicklung deutet doch an, daß auch die Sowjetunion besser bedient ist, wenn sie ihre Westflanke auf guter Nachbarschaft statt nur mit Waffengewalt gesichert weiß.

Gerade jetzt, da in das Verhältnis der drei großen Weltmächte eine gewisse Bewegung gekommen zu sein scheint, sollten sich die Sowjets auch daran erinnern, daß keineswegs erst mit der Regierung Brandt und Scheel eine Neuordnung der Beziehungen angestrebt worden ist, sondern daß vielmehr bereits die Regierungen Adenauer, Erhard und Kiesinger ostpolitische Aktivitäten bewiesen haben, allerdings mit dem Ziel, den „modus vivendi“ anders als ein „leidliches Verhältnis“ zu interpretieren. Konrad Adenauer besuchte zuerst Moskau und vereinbarte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Er erwirkte die Freigabe der letzten deutschen Kriegsgefangenen, und zu seiner Zeit wurde 1958 das Handelsabkommen mit der UdSSR geschlossen, das heute allerdings nicht mehr existent ist. Es sei hier ferner an die Steigerung des Warenaustausches mit den ost-

Barzel läßt sich keinen Maulkorb umbinden

Anerkennung der „DDR“ zum zweiten deutschen Staat hat Berlin-Lösung ungewöhnlich kompliziert

BONN — Die Absicht des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Rainer Barzel, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus den USA den Bundeskanzler über die dort geführten Gespräche zu unterrichten, konnte nicht realisiert werden, da Willy Brandt mitteln ließ, daß er „an diesem Wochenende“ hierfür keine Möglichkeit sehe und weil er auch über die Haltung des amerikanischen Präsidenten zu weltpolitischen Fragen nicht durch Barzel informiert zu werden brauche.

Diese Entscheidung Brandts dürfte Ausdruck seiner Verärgerung über kritische Bemerkungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden sein, die dieser hinsichtlich der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung während seines Be-

tragen werden“, beantwortete Barzel nach seiner Rückkehr aus den USA mit der Bemerkung, er werde sich als freigewählter Politiker keinen Maulkorb umhängen lassen.

Bekanntlich hatte Barzel im Anschluß an seine Unterredung mit Präsident Nixon vor der Gefahr gewarnt, daß die Bonner Ostpolitik die Sowjetunion zu einem aggressiven Kurs ermutigen könnte, der vornehmlich gegen die Präsenz der USA in Europa und gegen die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und dem Gemeinsamen Markt gerichtet sei. Trotz der von verschiedenen Seiten betonten Notwendigkeit einer Gemeinsamkeit in entscheidenden Fragen der deutschen Politik dürften zwischen Regierung und Opposition, sowohl hinsichtlich der Bewertung der Moskauer Politik nach dem 24. Parteitag wie auch die Chancen für eine befriedigende Berlin-Regelung, die Auffassungen weit auseinandergehen.

Über sein Gespräch mit Präsident Nixon berichtete Barzel in einem in der Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlichten Interview, man müsse feststellen, daß in Wirklichkeit von Ent-

spannung nichts zu spüren sei — „nicht in Berlin, nicht entlang der Zonengrenze und auch nicht in Europa“. Barzel bezog sich auf Breschnews Rede, aus der erkennbar sei, daß es jetzt das Ziel Moskaus sei, „ganz Europa Frieden und Entspannung zu beschleunigen“. Das berührt natürlich unmittelbar die europäische Position der USA.

Hinsichtlich des Berlin-Problems erklärte Barzel, man dürfe nicht übersehen, „daß die vier Mächte im Sommer 1969, also noch zur Zeit der Kiesinger-Regierung, Berlin-Gespräche mit einem ganz anderen Vorsatz verabredet hatten, nämlich dem Ziel, nach praktischen Lösungen des Berlin-Problems zu suchen.“

Erst nachträglich kam auf den Tisch der Vierer-Verhandlungen die Erklärung der Regierung Brandt, die plötzlich die „DDR“ zum zweiten deutschen Staat proklamierte. Damit wurde aus dem Versuch, die Lage Berlins durch praktische Maßnahmen zu verbessern, eine politische Grundsatzfrage, die auf den Gesamtbereich der Ost-West-Beziehungen ausstrahlt und damit eine Lösung ungewöhnlich kompliziert.“

Barzel bestritt den Sowjets das Recht, in irgendeiner Form eine Mitbestimmung in West-Berlin zu erwarten und die Rechte der Stadt von einer Art von Wohlverhalten abhängig zu machen. Das sei natürlich unter allen Umständen unannehmbar.

Gerd Rüter

Alfred Hein †

Der erste Vorsitzende der LMO-Landesgruppe Niedersachsen, Alfred Hein MdB, ist am vergangenen Wochenende an den Folgen einer Operation gestorben. Er war u. a. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Vertriebene und Zonenrandfragen. Eine ausführliche Würdigung seines Wirkens bringen wir in der nächsten Ausgabe des Ostpreußenblattes.

suchen in den USA gemacht haben soll. Brandts Bedauern, daß unterschiedliche Meinungen der Parteien zur Außenpolitik „anders, als es in früheren Jahren üblich war, im Ausland aus-

europäischen Ländern in den Jahren 1953 bis 1956, an die Handelsabkommen mit Jugoslawien (1957), mit Ungarn (1961) und Polen (1963), an die Errichtung offizieller Handelsvertretungen der Bundesrepublik in Polen (1963), in Rumänien (1964) und Ungarn (1963) erinnert. Bereits im Jahre 1962 hatte Adenauer den Sowjets einen 10jährigen Burgfrieden in der Deutschlandpolitik angeboten. Chruschtschow konnte die angebotene Einladung zu einem Besuch in Bonn nicht mehr realisieren.

Das Gewaltverichtsabkommen ist keine Erfindung dieser Bundesregierung. Es war vielmehr Kiesinger, der in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten den Abschluß des Gewaltverichtsabkommens und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen angeboten hatte, wobei auch die „DDR“ in dieses Gewaltverichtsabkommen eingeschlossen sein sollte.

Als es im Jahre 1967 zu der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien kam, wurde hier nur folgerichtig zu Ende gebracht, was unter der Regierung Erhard vereinbart worden war. Im Jahre 1967 registrieren wir intensive Bemühungen der Regierung Kiesinger um eine Regelung der die Sowjets und die Deutschen gemeinsam interessierenden Fragen. Und was die menschliche Seite angeht, so sollte doch auch einmal festgehalten werden, daß von 1955 bis zum Abschluß der deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen im September 1970 immerhin bereits 368 266 Deutsche auf Grund von Rot-Kreuz-Vereinbarungen aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten in die Bundesrepublik aussiedeln konnten.

Wir glauben, daß diese nüchternen Feststellungen gerade in einer Zeit von besonderer Bedeutung sind, in der eine gewisse „Schwarz-Weiß-Malerei“ angestrebt wird. Die bundesdeutsche Außenpolitik ist also keineswegs mit der Regierungsübernahme Brandts frisch gebakken worden. Die früheren Regierungen haben sich redlich um eine Neuordnung bemüht; was sie unterschieden haben mag, ist die Tatsache, daß sie nicht bereit gewesen wären, Verträge auf einer Grundlage abzuschließen, die einfach keine gute Zukunft zu garantieren vermag.

Funk und Fernsehen:

Opposition gegen Meinungsmache

Rehs-Pressekonferenz in Kiel fand starke Beachtung

Hamburg — Die Pressekonferenz in Kiel, bei der die Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Reinhold Rehs und Frhr. von Braun, scharfe Kritik an gewissen Rundfunk- und Fernsehjournalisten übten und sich dagegen wandten, die Heimatvertriebenen als Freiwild zu betrachten, hat in der Öffentlichkeit weite Beachtung gefunden. Insbesondere aus unzähligen Zuschriften an die Landsmannschaft und an das Ostpreußenblatt geht hervor, daß die Vertriebenen das Wirken dieser Kräfte mit großer Sorge betrachten.

Sie haben daher mit Befriedigung von den Ausführungen des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen Kenntnis genommen. Aus allen Zuschriften geht hervor, daß die Vertriebenen in Zukunft die Sendungen der Massenmedien Funk und Fernsehen noch kritischer beobachten wollen. Besorgnis wird vor allem darüber geäußert, daß durch eine Veränderung der politischen Verhältnisse in Schleswig-Holstein auch im Zweiten Fernsehen in Zukunft eine vertriebenenfeindliche Haltung durchgesetzt werden könnte.

Die Erklärungen von Reinhold Rehs dürften ebenso wie die Protestkundgebung der Aktion Funk-Fernsehen in Bonn gegen die ständige Diskriminierung besonders der Vertriebenen von den zuständigen Gremien keineswegs unbeachtet geblieben sein. Vielmehr ist es nicht ausgeschlossen, daß künftige ARD-Programme und Kommentare ausgewogener und objektiver sind. Sicherlich wäre es verfrüht, heute bereits von einer „veränderten Haltung“ der Rundfunk- und Fernsehanstalten gegenüber den Vertriebenen zu sprechen, doch die Arbeitsgemeinschaft

Vatikan:

Wurde Botschafter Berger doch abgeschossen?

Polnische Zeitung bleibt jedenfalls bei der bereits am 13. März aufgestellten Behauptung

Die Diskussion um die Abberufung des deutschen Botschafters beim Heiligen Stuhl, Dr. Hans Berger, ist keineswegs zur Ruhe gekommen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl Krammig hat jetzt dem parlamentarischen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Karl Moersch, vorgeworfen, in der Fragestunde des Bundestages entweder eine ungehörige Antwort gegeben oder die Unwahrheit gesagt zu haben. In Warschau hat die polnische Zeitung „Zycie Warszawy“ in einem Artikel jüngsten Datums sich gerühmt, mit ihrem Beitrag vom 13. März die Kaltstellung Dr. Bergers bewirkt zu haben.

Bekanntlich hatte „Zycie Warszawy“ am 13. März — also eine Woche vor der Absetzung des Botschafters — in einem Artikel behauptet, Botschafter Berger sabotiere die Ostpolitik der Bundesregierung und verhöhne „eigenmächtig“ Maßnahmen des Heiligen Stuhls zur Normalisierung der Kirchenverwaltung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Die zitierte Warschauer Zeitung bescheinigt Außenminister Scheel „politischen Mut“, den er mit seiner Entscheidung bekundet habe.

Auf die Umstände, die zu der Entscheidung Scheels führten, zielten auch die Fragen des CDU-Abgeordneten Krammig im Bundestag. Dem Abgeordneten war, wie er ausführte, „vor der Fragestunde von hoher kirchlicher Seite bestätigt worden, daß sich Staatssekretär Frank um eine Lösung bemühte, die er außerdem mit einem hohen kirchlichen Würdenträger erörtert hatte und die nach Meinung der Gesprächsbeteiligten eine zufriedenstellende Lösung hätte abgeben können“.

Diese Lösung sei aber von Außenminister Scheel nicht akzeptiert worden. Moersch hatte in der Fragestunde am 2. April dem CDU-Abgeordneten auf dessen Frage hinsichtlich eines Vorschlages zur Bereinigung der Angelegenheit Berger geantwortet: „Ich nehme an, daß Sie auf eine unwahre Pressemitteilung anspielen. Da unwahre Pressemitteilungen nicht wahr sind, ist diese Frage gegenstandslos geworden.“

Nun wird Staatssekretär Moersch sicherlich eine klarere und detailliertere Antwort geben müssen. Eine klarere Stellungnahme des Auswärtigen Amtes wäre nach dem „Lob“ für den „Akt des politischen Mutes“ durch die polnische Presse bereits notwendig gewesen und es wirkt mehr als befremdend, daß der Außenminister nicht postwendend und unmißverständlich sich gegen die polnische Lesart gewandt hat, er habe

den Vatikanbotschafter auf einen polnischen Wink hin sogleich in die Wüste geschickt.

Selbst wenn man nicht in den Fehler verfallen sollte, jede Pressemeldung überzubewerten, so ist die Tatsache, daß die Abberufung Dr. Bergers doch unter höchst dubiosen Umständen erfolgte, ein Grund mehr, hier restlos Klarheit zu verlangen. Es ist einfach unmöglich, daß die auch in Kreisen der Bonner Diplomatie — wenn auch hinter vorgehaltener Hand — geflüsterte Version, Scheel habe sich den polnischen Wünschen gefügt, einfach im Raume stehen bleibt. Es wäre zu begrüßen, wenn hier das Dunkel beseitigt und dadurch auch jene Kräfte sichtbar würden, die bisher hinter den Kulissen mitspielen verstehen. Es wäre einfach ein Skandal erster Ordnung, wenn der deutsche Botschafter, der die deutschen Interessen mit Würde und Geschick vertritt, in die Wüste geschickt werden könnte deshalb, weil er den polnischen Vorstellungen nicht paßt.

Prag:

Prozeßwelle für Herbst befürchtet

Bonn steht bald vor der Frage der finanziellen Entschädigung

Die Eröffnung politischer Prozesse im Stil der 50er Jahre wird von osteuropäischen kommunistischen Kreisen für den Herbst in der CSSR vorausgesagt. Dabei glaubt man, daß mit dem mehrfach verschobenen Verfahren gegen den Schachgroßmeister Pachmann der Anfang gemacht wird.

Jedenfalls ist man der festen Überzeugung, daß es einer starken Gruppe innerhalb der Prager Parteiführung, deren Einfluß zunehmend wachse, gelingen werde, „Verantwortliche“ zu finden, die man mit den Ereignissen des Jahres 1968 belasten und in großen politischen Schauprozessen vor Gericht stellen könnte. Diese Kreise vertreten die These, die „Konterrevolution“ habe das Land an den Rand des Bürgerkrieges gebracht und zusätzlich auch noch in eine wirtschaftliche Krise gestürzt. Wer bisher angenommen hatte, daß es bei der erfolgten politischen Verurteilung der „begangenen Handlungen“ bleiben werde, hört heute, daß eine solche Handhabung nicht angemessen sei.

Was die Verhandlungen zwischen Bonn und Prag angeht, so vertreten französische Osteuropa-Diplomaten die Meinung, daß sich diese Verhandlungen wahrscheinlich über eine sehr lange Zeit hinziehen werden. Für die nächste Zukunft werden keine wesentlichen Veränderungen in den Beziehungen zwischen Bonn und Prag erwartet. Die Unterredung zwischen AA-Staatssekretär Frank und dem CSSR-Außenminister Klusak, der übrigens ein Schwiegersohn des

Staatspräsidenten Swoboda ist, dürften deutlich gemacht haben, daß Prag bereits bei Aufnahme der offiziellen Verhandlungen die Frage der finanziellen Entschädigungen auf den Tisch legen wird, wobei man die Auffassung vertritt, daß die Bundesrepublik zur Wiedergutmachung aller seit Abschluß des Münchner Abkommens entstandenen Schäden verpflichtet ist. Wenn bei den Verhandlungen in Moskau und Warschau die Wiedergutmachung noch keine entscheidende Rolle gespielt haben sollte, so dürfte, falls Bonn bei Verhandlungen mit Prag hierüber offizielle Gespräche aufnimmt, damit zu rechnen sein, daß sich alle Ostblockstaaten zur Kasse melden.

Es dürften dabei dann Forderungen in einer Höhe präsentiert werden, die, würden sie erfüllt, den Ruin der deutschen Wirtschaft bedeuten müßten. Schon heute stellen Beobachter fest, der Entspannungsmythos der Regierung Brandt/Scheel werde uns teuer zu stehen kommen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Prager Regierung die im Herbst beabsichtigten politischen Prozesse zeitlich mit den Verhandlungen koppeln wird.

Horst Guttman

London:

An der Themse weiterhin Fragen um die Sicherheit

Verhandlungen setzen eine sorgsame Analyse der globalen Sowjetpolitik voraus

Immer häufiger sind aus London in letzter Zeit Stimmen der Warnung zu hören, die die Sorge des insularen NATO-Partners um die Sicherheit Europas zum Ausdruck bringen. Die Befürchtung, daß die Verhandlungen mit dem Osten Gefühle erzeugen können, die den Wehranstrengungen des Westens abträglich sind, wird in Großbritannien ziemlich offen ausge-

„Es wäre“ — so sagte Lord Balniel, Englands stellvertretender Verteidigungsminister, kürzlich auf der „Wehrkunde“-Tagung in München — „glatter Wahnsinn, wenn wir unseren Wunsch nach Frieden mit einer einseitigen Verminderung unseres Schutzpotentials beweisen wollten. Wir haben es mit Gegnern zu tun, die keinen Widerspruch zwischen freundlichen Worten und feindlichen Handlungen sehen.“ Ganz im glei-

chen Sinne hat wenige Tage später der britische Verteidigungsminister Lord Carrington vor deutschen Journalisten in London dargestellt, daß er die sowjetischen Bestrebungen als den Versuch betrachtet, das Gleichgewicht der Kräfte zu stören. Gegen die euphorischen Urteile über die Chancen der Entspannung, wie sie vor allem aus Deutschland tönen, setzt England, das sich der Risiken bewußt bleibt, nüchterne Skepsis.

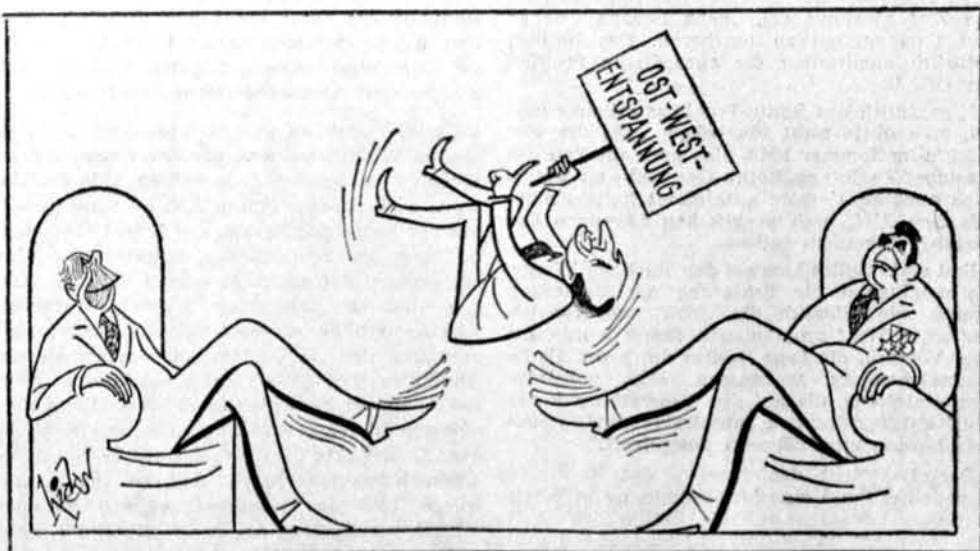
Das britische Verteidigungsweißbuch, das unlängst veröffentlicht wurde, begründet diesen Standpunkt, indem es aufzeigt, daß im Verhalten der sowjetischen Führung nicht die Neigung zu weiser Selbstbeschränkung, sondern der Drang nach weltweiter Expansion zu entdecken ist. Eindringlich weist London darauf hin, daß Moskau sein atomares, sein konventionelles und sein maritimes Potential beträchtlich über das Maß dessen hinaus ausbaut, was es zur Sicherung seines Herrschaftsbereiches braucht. Wenn der Gigant des Ostens seine militärischen Fähigkeiten auf diese Weise steigert, so zeugt das tatsächlich für sein politisches Motiv, seinen Einfluß und seine Macht auf Kosten des Westens unseres Planeten auszudehnen.

Die Beobachtung der sowjetischen Strategie, wie sie das britische Weißbuch sowie britische Erklärungen aus jüngster Zeit schildern, und die Erfahrung mit der sowjetischen Taktik, wie sie sich jeden Tag wieder gewinnen läßt, sollten es eigentlich jedermann begreiflich machen, daß Moskau vorerst kaum die hoffnungsfrohe Prognose bestätigt, es trachte nach Stabilisierung des Friedens oder gar nach Kooperation zwischen Ost und West. Da es Koexistenz ohnehin nicht als freundschaftliches Miteinander unterschiedlicher Gesellschaftssysteme, sondern — getreu der leninistischen Lehre — als feindselige Konkurrenz versteht, führt es Verhand-

lungen als Nahkampf im kalten Krieg, also nicht mit dem Ziel der Kompromisse, sondern mit dem Ziel des Sieges. Es gilt daher politisch und militärisch gerüstet zu bleiben.

W. J.

Wie andere es sehen



Zeichnung aus: DIE WELT

Das Ostpreußenblatt

Herausgeber:
Landsmannschaft Ostpreußen e. V.
Chefredakteur:
Hugo Wellem
Verantwortlich für den politischen Teil
Stellvert. Chefredakteur:
Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite
Geschichte, Landeskunde und Aktuelles:
Hans-Ulrich Stamm
Soziales, Jugend, Heimatkreise, Gruppen:
Horst Zander
Bonner Redaktion:
Clemens J. Neumann
Anzeigen:
Heinz Passarge
Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen
Bezugspreis Inland 3,20 DM monatlich — Ausland 4,— DM monatlich
Postcheckkonto für den Vertrieb:
Postcheckkonto für Anzeigen:
Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung:
2 Hamburg 13, Parkallee 84
Telefon 45 25 41 / 42
Bankkonto: Landesbank Hamburg (BLZ 200 500 00)
Konto-Nr. 192 344
Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.
Rücksendung nur, wenn Porto beiliegt.
Postcheckkonto für Anzeigen:
907 00 Postcheckamt Hamburg.
Druck: Gerhard Rautenberg, 295 Leer, Norderstraße 29/31, Ruf 04 91 / 42 88
Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 17

China:

Der Drache gibt keine Pfötchen...

... aber ein Arrangement zwischen USA und Peking bereitet Moskau starkes Unbehagen

Das Wort des BdV-Präsidenten Dr. Czaja, wonach ein Druck auf seine Ostflanke Rußland einmal veranlassen könnte, einen tragbaren und freiheitlichen Ausgleich an seiner westeuropäischen Flanke zu dulden, erinnert mich an ein Gespräch, das ich vor Jahren mit dem früheren Botschafter in Moskau, Dr. Kroll, führte. Kroll würde die Politik der heutigen Bundesregierung sicherlich wenig gepaßt haben, denn er vertrat den Standpunkt, daß der Russe dem, der ihm nachlaufe, davonlaufe.

Und er vertrat noch eine andere Auffassung, derer ich mich gerade in diesen Tagen erinnere, da eine Änderung in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rot-Chinas, dem China Maos, nicht auszuschließen ist. Nach der Auffassung Dr. Krolls wird sich eine Änderung der sowjetischen Deutschland- oder Europapolitik nur dann ermöglichen lassen, wenn in dem Verhältnis zwischen den USA und

befürchteten Sprung auf das Festland in das Reich der Illusion verweist. Für Peking geht es dabei um die Aufnahme in die Vereinten Nationen und Mao weiß, daß dieses Ziel nur erreicht werden könnte, wenn eine Einigung mit den Amerikanern erfolgt.

Die Moskauer Führung hat sicherlich die Entwicklung in Ostasien ebenfalls mit Aufmerksamkeit verfolgt. Auch ihr ist nicht entgangen, daß eine Klimaverbesserung zwischen den USA und Peking möglich ist. Zwar weiß man in Moskau, daß das seit Jahren tiefgefrorene Verhältnis nicht in kurzer Zeit aufgetaut werden kann und sicherlich wird auch der ideologische Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und dem Reich Maos unvermindert fortgeführt — trotz der unverkennbar ausgestreckten Fühler.

Moskau wird also diesen Flirt sehr aufmerksam beobachten. Die sowjetische Presse als ein Spiegelbild der Meinung von Staats- und Parteiführung läßt auch ein gewisses Unbehagen über diese neue Entwicklung erkennen. Man weiß doch an der Moskwa zu genau, daß, wenn es zu einer Annäherung kommen würde, Präsident Nixon bei künftigen Verhandlungen über Ost-West-Fragen noch weit mehr Gewicht zukommen würde, wenn er in der Lage wäre, die Chinesen für sich und seine Ansichten zu gewinnen.

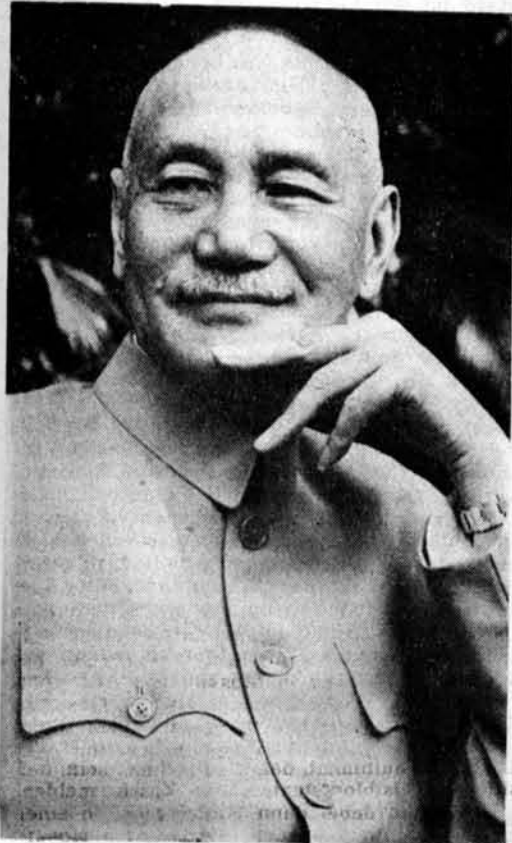
Gerade jetzt kehrt in unsere Erinnerung zurück, daß doch auch zwischen dem China Maos und der Sowjetunion nicht unerhebliche territoriale Streitfragen bestehen, die in den

letzten Jahren unter dem Begriff Ussuri der breiteren Öffentlichkeit bekanntgeworden sind.

Moskau wird also eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Peking nur dann begrüßen, wenn keine Gewichtsveränderung die Folge sein würde. Man wird sehen, wie die Sowjets in den nächsten Monaten taktieren und wie die Chinesen reagieren werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Moskau der Einheit des kommunistischen Lagers Vorrang geben und Peking die Erneuerung der alten ideologischen Allianz anbieten wird. Ob allerdings Peking hierauf eingeht, ist mehr als fraglich.

Ausländische Beobachter der weltpolitischen Szene haben auf dieses mögliche Arrangement zwischen den USA und Peking bereits vor Monaten hingewiesen. Sie haben diese Entwicklung auch im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung betriebenen Ostpolitik angesprochen und hierbei die Auffassung vertreten, daß eine solche Entwicklung auch die Sowjets zu neuen Überlegungen zwingen müßte. Wenn dem so ist, fragt es sich, ob die von Bonn betriebene Hektik in der Ostpolitik von der Opposition nicht mit Recht abgelehnt wurde. Wenn es tatsächlich zu einem Ausgleich zwischen den USA und Peking kommt, dann ist tatsächlich die Frage zu stellen, ob Moskau das Tempo nicht aus dem Grunde vorgelegt hat, weil Nixon in Zukunft ein noch stärkeres Gewicht darstellen würde.

H. Wellems



China zwei Gesichter: Tschiang-Kai-schek auf Taiwan...

China eine gravierende Änderung eintritt. Dr. Kroll hat die ersten Anzeichen dieser Änderung nicht mehr erlebt. Alles das, was wir in diesen Tagen aus der Presse vernahmen, ist nicht in Stunden oder Tagen bewerkstelligt worden.

Sicherlich liegen wir richtig, wenn wir meinen, daß dieses Arrangement zwischen den USA und dem China Maos nicht erst spontan beim Eintreffen der Tischtennis-Mannschaft beschlossen wurde. Vielmehr wird man mit Sicherheit annehmen können, daß über manche anderen Kanäle vorgeführt und Gespräche geführt wurden. Vor Monaten bereits wollte man wissen, Washington habe im stillen Einvernehmen mit Peking die militärische Intervention nach Laos hinein unterstützt, um Rotchina den Vorwand zum Eingreifen in Indochina zu liefern.

Selbst in Moskau soll man sich Gedanken darüber gemacht haben, wer denn nach dem Abzug der Amerikaner deren Schutzmachtfunktionen übernehmen werde. Sollte diese Funktion auf die Rotchinesen übergehen, so wüßten die Sowjetpolitiker, daß sie es mit einem harten Gegner zu tun haben würden. Sicherlich werden die Sowjets nicht bereit sein, ihre Einflußzone in Ostasien widerspruchslos aufzugeben und Moskau hält sicherlich einige Überraschungen bereit, die es ihm ermöglichen sollen, in das Spiel einzugreifen, das für die Weltpolitik von weitreichenden Folgen sein kann. Heute ist noch nicht zu sagen, welches Ergebnis die zweifelsohne in Gang gekommene Entwicklung in Ostasien einmal haben wird. Die Tatsache aber, daß eine Entwicklung in Fluß gekommen ist, ist schwerlich zu übersehen. Moskau befürchtet, daß es zu einer Annäherung zwischen Washington und Peking kommen könnte. Dabei wissen die Sowjets genau, daß zwischen Washington und Peking nicht unerhebliche Probleme liegen. Hier geht es vor allem um die Frage Formosa, jene Rieseninsel, auf der Marshall Tschiang Kai-schek regiert. Dieses Formosa liegt wie ein gewaltiger Flugzeugträger vor dem chinesischen Festland. Der Mann Washingtons auf dieser Insel, der nationalchinesische Generalissimus Tschiang — heute auch bereits ein betagter Herr — hat bekanntlich seine militärische Ausbildung in der Sowjetunion erfahren und es wäre keineswegs ausgeschlossen, wenn die Sowjets jetzt ihre freundschaftlichen Gefühle für den Generalissimus entdecken und versuchen würden, ihre Beziehungen zu Taiwan zu aktivieren.

Wenn Peking tatsächlich daran interessiert ist, mit den Vereinigten Staaten zu einem Ausgleich zu gelangen, wird sich vermutlich auch hinsichtlich der Insel Formosa eine Lösung finden lassen, die „die Ziege und den Kohlkopf rettet“, also einmal die Existenz des Tschiang-Regimes auf Formosa garantiert, ihm aber gleichzeitig „die Krallen beschneidet“ und den

Mehr als ein Ballspiel

Vor einer neuen weltpolitischen Konstellation

Die freundlichen Worte Tschu En-lais aus Anlaß des Empfangs einer amerikanischen Tischtennis-Mannschaft in Peking und der nicht minder freundliche Dank Nixons sind mehr als ein Höflichkeitsritual im klassisch-chinesischen Stil. Sie sind Ausdruck einer den weltpolitischen Horizont umspannenden, weitsichtigen und weitgreifenden Politik, einer Einschätzung der Lage, die, so wie die Sterne zur Zeit stehen, eine Normalisierung der Beziehungen dieser beiden, seit 22 Jahren verfeindeten Weltmächte unerlässlich machen. Damit zeichnet sich eine neue, möglicherweise auch für Europa und Deutschland günstige Wende in der Weltpolitik ab.

Und das nicht erst seit gestern. Schon unmittelbar nach der Amtsübernahme ließ Präsident Nixon diskret erkennen, daß er der „Position Europa“ in der Wertung der Koordinaten eines weltumfassenden Gleichgewichts den adäquaten Rang, wenn nicht gar Vorrang beimißt. Auch eine Weltmacht vom Range der Vereinigten Staaten kann es sich nicht leisten, durch Jahre hin einen politischen Zwei-Frontenkrieg, einen kalten „Krieg“ in Asien und Europa — in Asien noch dazu einen heißen Krieg — zu führen. Die Folge einer einseitigen Fixierung, bzw. Massierung der politischen und militärischen Kräfte im Fernen Osten müßte und muß angesichts der sowjetischen Weltherrschaftspläne ein empfindlicher Geländeverlust in Europa sein, das mit seinem gewaltigen Volks- und Wirtschaftspotential letztlich immer noch den entscheidenden Einfluß auf den Ausgleich der weltpolitischen Kräfte hat. Voraussetzung für eine Aktivierung der Europapolitik und der flankierenden Nahostpolitik war deshalb für Nixon von der ersten Stunde an eine, freilich vorsichtig zu handhabende Liquidierung des Engagements in Vietnam. Daß mit dieser Politik

Ernst gemacht wird, zeigen alle Schritte Nixons: daß sie Erfolg verspricht, zeigt nunmehr auch die erste Reaktion Pekings.

Der Ping-Pong-Ball traf freilich alle diejenigen halb ins Auge, die ihren Blick seit Jahr und Tag wie gebannt auf Moskau heften und die zugleich in der Regel auch die amerikanische Asienpolitik durch die Moskauer Brille sehen. Für sie, aber nur für sie, kommt der chinesisch-amerikanische „Ballwechsel“ unverhofft. Es rächt sich jetzt, daß sie die mannigfachen Andeutungen des Stellungswechsels geflissentlich übersehen oder ihre Bedeutung heruntergespielt haben. Sie hatten offenbar kein Gespür für das, was sich beim Besuch Nixons in Bukarest, von wo aus seit jeher feine diplomatische Fäden nach Peking geknüpft werden, hinter den Kulissen abspielte. Sie interessierten sich mehr für die unglückselige Kumpanei Gomulka mit Moskau als für das amerikanisch-chinesische Dauergespräch in der chinesischen Botschaft. Sie registrierten kaum, daß Nixon in seiner State of the Union-Botschaft im Februar d. J. andeutete, daß Washington sein Verdikt gegen die Aufnahme Chinas in die UNO in absehbarer Zeit fallen lassen werde. Ihnen bedeutete es nichts, daß Washington schon wenig später das Verbot von China-Reisen für USA-Bürger aufhob. Einladung und Ausreise der Ping-Pong-Spieler war somit keine Überraschung, sondern lediglich Folgewirkung des seit langem sondierten, wechselseitigen amerikanisch-chinesischen Einverständnisses, die Beziehungen, zunächst auf mittelbarem Wege, zueinander zu verbessern.

Weitere Schritte von beiden Seiten sind gefolgt und werden folgen. Nixon hat in der letzten Woche ein Fünf-Punkte-Programm bekanntgegeben, das u. a. den direkten Handelsaustausch zwischen beiden Staaten, die beschleunigte Ausfertigung von Aufenthaltsvisa für chinesische



... und Mao in Peking

Fotos (2) dpa

Besucher und Aufhebung gewisser Beschränkungen des beiderseitigen Güterverkehrs vorsieht.

Nahezu alle Länder der westlichen Hemisphäre haben sich beizeiten auf diese Entwicklung eingestellt. Frankreich und England unterhalten Beziehungen zu Peking, Kanada und Italien haben im Vorjahr Beziehungen aufgenommen. Belgien und Österreich verhandeln. Ja sogar Jugoslawien ist in aller Stille der Politik seines Intimfeindes Albanien gefolgt, ist nunmehr auch wieder in Peking vertreten.

Allein Bonn fehlt in diesem Reigen, mit dem ein neuer Tanz beginnt. Schon unter Kanzler Erhard war bekanntlich der Fehler gemacht worden, in allzu bänglicher Rücksicht auf die USA-Interessen die in Gang gekommenen Sondierungen über die Aufnahme zumindest handelspolitischer Beziehungen zu Peking abzubrechen. Erst recht hat Kanzler Brandt, jetzt umgekehrt aus Rücksicht auf Moskau, gebannt von romantischen Entspannungsvisionen, sich gehütet, mit der Möglichkeit von Beziehungen zu Peking, dem Erzfeind Moskaus, auch nur zu liebäugeln. Moskau, so erklärte er deutlich, „ist das Nächstliegende“ — Peking kommt später!

Daß es für ein Land von sehr bescheidenem außenpolitischem Spielraum nötig ist, seine gesamte Politik, insbesondere auch die Ostpolitik, auf den umfassenden Horizont, auf alle entscheidenden Bewegungen am weltpolitischen Sternenhimmel auszurichten, insbesondere die Tendenzen der verbündeten Mächte feinnervig zu orten und ihnen die eigenen Absichten zu adjustieren; daß vielleicht gerade auch die Ostpolitik von einer gleichzeitigen, besser gesagt, rechtzeitigen Anpassung an die Fernost-Politik der USA profitieren könnte, das in Rechnung zu stellen und danach zu handeln, stand offenbar in den Bonner Sternen nicht geschrieben.

Für die Vertriebenen allerdings kam die Entwicklung nicht überraschend. Sie haben die fernöstlichen Komponente der Weltpolitik seit Jahr und Tag in die Aspekte ihrer deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen einbezogen. Namhafte Experten ostdeutscher Herkunft — hier brauchen nur die Namen Starlinger, Mehnert, Meißner, Ströhn, Thieß und Kirsch genannt zu werden — haben hier beizeiten „Lichter aufgestellt“. Was den Bund der Vertriebenen betrifft, so braucht hier nur daran erinnert zu werden, daß schon im Oktober 1964 in den „Ockenfelder Beschlüssen“ unter der Präsidentschaft von Wenzel Jaksch von den Bundesorganen offiziell gefordert wurde, „die Einrichtung einer Handelsmission in Peking unter dem Gesichtspunkt langfristiger deutscher Friedenspolitik zu prüfen“. Diese Forderung muß angesichts der neuen Konstellation mit Nachdruck wiederholt werden. Eine Aktivierung der deutschen Fernostpolitik ist, wie Präsident Czaja kürzlich angedeutet hat, entscheidend wichtig auch für die Absicherung einer konstruktiven deutschen Ostpolitik. „In wenigen Jahren“, so stellte er fest, „kann der Druck auf seine Ostflanke Rußland zur Duldung eines tragbaren und freiheitlichen Ausgleichs an seiner westeuropäischen Flanke veranlassen!“

Clemens J. Neumann

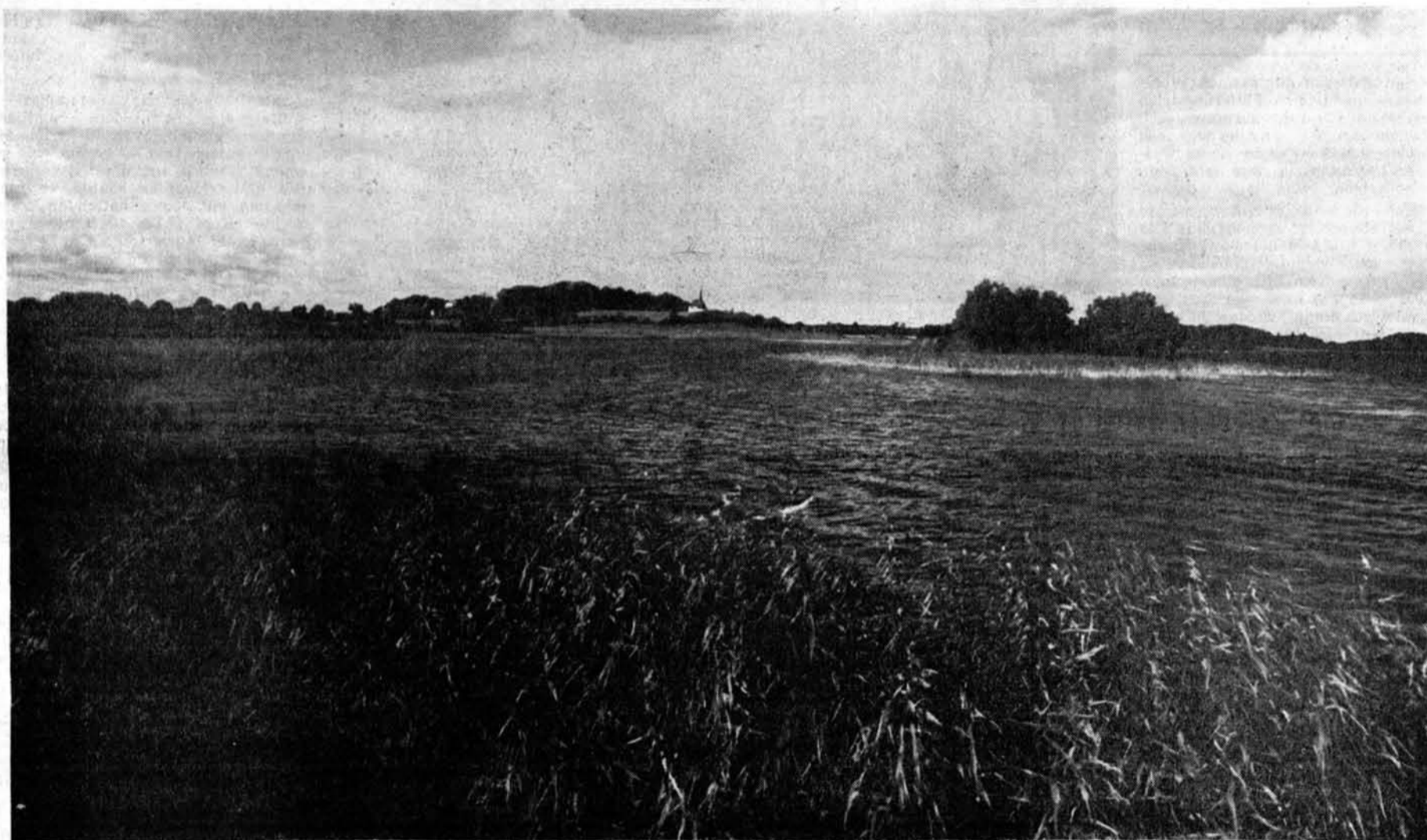


Zeiten, nach denen sich Moskau zurücksehnt: Im September 1969 machte der rotchinesische Ministerpräsident Tschou-en-lai in Moskau eine Zwischenlandung und führte ein kurzes Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin (links).

Foto dpa

Landsleute in Schleswig-Holstein!

**Es geht am 25. April
um Euer Schicksal!
Denkt an Eure Heimat
und an Eure Freiheit!**



Jedem vierten Bürger von Schleswig-Holstein wurde seine Heimat genommen, als sie kommunistisch wurde. Oder er hat sie um der Freiheit willen verlassen müssen.

Die Ost-Verträge, die die Bonner SPD-F.D.P.-Koalition voreilig unterzeichnet hat, nützen nur der Macht, unter deren Herrschaft täglich das Recht und die Würde der Menschen mit Füßen getreten werden.

Deshalb sorgt mit Euren Stimmen am 25. April dafür: Schleswig-Holstein darf nicht sozialistisch werden. Darum keine Stimme für Steffens SPD und seine Steigbügelhalter von der F.D.P.!

Reinhold Rehs
Ostpreußen

Joachim Freih. von Braun
Ostpreußen

Heinrich Windelen
Schlesien

Prof. Dr. Klöden
Schlesien

Friedrich Neste
Berlin - Mark Brandenburg

Dr. Herbert Czaja
Oberschlesien

Dr. Philipp von Bismarck
Pommern

Dr. Hans Edgar Jahn
Pommern

Dr. Franz Böhm
Sudetenland

Rudolf Wollner
Sudetenland

Gustav Dreves
Mecklenburg

„Verfassungsgebot ohne Not aufgegeben“

Karl August Knorr schrieb Offenen Brief an Bundesminister Ertl – Zum Rücktritt aufgefordert

Landsmann Karl August Knorr, früher Marienhöhe, Kreis Heiligenbeil, Mitglied des Bundesvorstandes unserer Landsmannschaft, hat an Bundesernährungsminister Ertl einen Offenen Brief gerichtet, in dem er auf Widersprüche zwischen Äußerungen des Ministers und der Handlungsweise seiner Partei hinweist und den Minister zum Rücktritt auffordert. Dem Brief haben sich weitere Landsleute angeschlossen, und zwar Dr. Hans Reimer (früher Hegehof, Kreis Tilsit-Ragnit), Heinrich Hilgendorff (früher Dumben bei Memel), Mathias Hofer (früher Adlig Breitenstein, Kreis Tilsit-Ragnit), Heinrich Lukas (früher Seerappen, Kreis Fischhausen) und Martin Paulat (früher Spullen, Kreis Schloßberg). Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Minister!
Im „Bulletin“ des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung vom 31. März dieses Jahres haben Sie die Frage nach der staatlichen Einheit der Deutschen gestellt. Sie haben dabei Ihrer Auffassung Ausdruck gegeben, daß der Friede in Europa auf die Dauer nur gesichert werden kann, wenn die deutsche Frage zufriedenstellend gelöst wird. Wörtlich haben Sie festgestellt: „Ich halte aber das Streben nach nationaler Einheit nicht nur für unser legitimes Recht, sondern es ist auch unsere Pflicht. Die Lösung der deutschen Frage ist für meine Begriffe primär eine deutsche Aufgabe im Sinne unseres politischen Willens.“

Das klingt fast so gut und überzeugend wie der folgende Abschnitt aus dem Berliner Programm Ihrer Partei: „Die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ost-deutschen Gebieten in einem deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung ist unser oberstes Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Zieles dienen.“

Ihr Bekenntnis deckt sich auch mit zahlreichen Äußerungen aus Ihrem Munde zu einer Zeit, als Sie noch nicht Minister waren. Aber der Schein trügt. Denn alle Lippenbekenntnisse können nicht aus der Welt schaffen, daß auch Sie der totalen Kapitulation Ihres Regierungschefs Brandt und Ihres Parteivorsitzenden Scheel vor dem Bolschewismus zugestimmt haben. Mit der Unterschrift unter den Atomsperrvertrag, die Anerkennung der „DDR“ als Staat, die Verträge von Moskau und Warschau und durch die immer deutlicher sich abhebende Bereitschaft des von Ihrer Partei gestellten Außenministers, das in Moskau und Warschau aufgeführte Schauspiel unübertrefflicher nationaler Würdelosigkeit in Berlin fortzusetzen, sind bis auf die Schlußvorstellung in Prag alle seit Jahren von Moskau erhobenen Forderungen erfüllt, ohne daß auch nur die Spur irgendeiner Gegenleistung sichtbar geworden wäre.

An dieser bitteren Feststellung vermag auch Ihre Einschränkung nichts zu ändern, „daß die beiden deutschen Teilstaaten im Verhältnis zueinander niemals Ausland, daß ihre Beziehungen nur besonderer, nämlich staatsrechtlicher Art sein können“. Denn Tatsache ist und bleibt, daß die von Ihnen mitbegründete und mitgetragene Bundesregierung, die schon längst das Vertrauen der Mehrheit unseres Volkes verloren hat, mit der verfassungswidrigen Anerkennung des Machtraumes zwischen Elbe und Oder als Staat die Völkerrechtsgemeinschaft um ein neues Völkerrechtssubjekt bereichert hat. Es gibt einfach keine andere Anerkennung eines Staates als die eines Völkerrechtssubjekts. Der völkerrechtliche Vorbehalt ist völlig belanglos. Diese Tatsache kann Ihnen nicht unbekannt geblieben sein, wie die folgenden, nur beispielhaft angeführten und jedermann zugänglichen Stellungnahmen als sachverständig ausgewiesener Wissenschaftler und Politiker beweisen.

1. Theodor Eschenburg hat in seiner Untersuchung über „Die deutsche Frage“ sich zu diesem Problem wie folgt geäußert:

„Würde die Bundesrepublik die ‚DDR‘ als Staat anerkennen, so gäbe sie damit ihren Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung und der SBZ und die Möglichkeit der Wiedervereinigung mit der SBZ im Wege freier Wahlen auf. Er scheint in diesem besonderen Falle eine Grundgesetzänderung, die Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat erfordert, notwendig, denn durch die Anerkennung Pankows wird der grundgesetzlich

festgelegte Anspruch auf Wiedervereinigung aufgegeben. Die Bundesrepublik würde durch ihre Anerkennung die Teilung Deutschlands völkerrechtlich anerkennen.“

2. Am 20. April 1969 hielt der Staatssekretär im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen aus Anlaß der Konstituierung des „Bundes der Mitteldeutschen“ in Berlin eine Rede, in der er laut „Bulletin“ vom 23. 4. 1969 zur Frage der „Anerkennung der DDR“ u. a. folgendes ausführte:

„Es wäre wirklichkeitsfremd, die staatliche Existenz des anderen Teils Deutschlands leugnen zu wollen. Es gibt aber keine staatsrechtliche Anerkennung. Rechtstheorie und Rechtspraxis kennen diesen Begriff nicht. Die Anerkennung ist ein Begriff des Völkerrechts.“

3. Im November 1969 trafen namhafte deutsche Völkerrechtswissenschaftler folgende „Feststellungen zur Anerkennungsfrage“: „Die Anerkennung eines herrschaftlich organisierten Gebildes als Staat durch den Staat, auf dessen Gebiet er entstanden ist, vollendet die Separation und bewirkt, daß der neu anerkannte Staat im Verhältnis zum anerkennenden Staat Ausland ist.“

Schließlich und endlich teilte der Präzeptor der deutschen Hofpresse, Henri Nannen, am 16. 11. 1969 seinen „lieben Sternlesern“ nüchtern mit: „Willy Brandt ist uns eine Antwort schuldig geblieben, was denn den Unterschied zwischen der Anerkennung der ‚DDR‘ als Staat und ihrer Anerkennung als Völkerrechtssubjekt

ausmache. Die Sache ist einfach: es macht keinen Unterschied.“

Was bisher durch Beharrlichkeit, zähes Festhalten an unverzichtbaren Rechtspositionen, zu denen auch Sie sich, Herr Bundesminister, jahrzehntelang bekannt haben, und kluges, geduldiges politisches Handeln verhindert wurde, hat die Koalition von FDP und SPD mit einem Federstrich vom Tisch gefegt. Der rechtliche Anspruch der Deutschen, im Deutschlandvertrag von unseren Verbündeten ausdrücklich anerkannt und im Grundgesetz zum verpflichtenden Verfassungsgebot erhoben, in einem Staat in Frieden und Freiheit zu leben, wurde ohne Not aufgegeben mit der deutlich spürbaren werdenden Folge, daß der Schatten der Sowjetunion über der Bundesrepublik Deutschland von Tag zu Tag immer größer wird.

Der Verdacht ist daher begründet, daß leider auch Sie zu jenen gehören, die glauben, unser Volk ständig für dumm verkaufen zu können. Als verfassungstreue Demokraten, für die im Gegensatz zu der amtierenden Regierung unser Grundgesetz mehr ist als ein Fetzen Papier, fordern wir Sie auf: Treten Sie zurück, Herr Minister! Wir Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen Bauern, die wir nicht nur die andauernde Verschlechterung der Lage unseres Berufsstandes, sondern auch die Not unseres Vaterlandes sehen, werden Ihnen und Ihrer Partei am 25. April die gebührende Antwort geben.

Hochachtungsvoll
Karl August Knorr



Ostpreußen heute: Noch immer ist das Rathaus eine Ruine. Links der Turm der evangelischen Kirche, deren Langhaus abgerissen wurde.
Foto Federau

Kiel - Kaliningrad?

Sowjetische Truppen stehen wenige Kilometer vor Lübeck

Können Sie sich vorstellen, daß die Vertreibung nicht von Ost nach West stattgefunden hätte, sondern von Nord nach Süd? Können Sie sich vorstellen, daß Kiel heute Kaliningrad hieße oder Schukowgrad, Hamburg Wroclaw oder, wie auf einer polnischen Vorkriegskarte ausgewiesen: Kamion?

Können Sie sich vorstellen, daß die Schleswig-Holsteiner in den Gebieten südlich des Mittellandkanals-Spree-Warthe verstreut wären und noch nicht einmal die Möglichkeit hätten, die Gräber ihrer Eltern und Geschwister in Flensburg oder Itzehoe, in Lübeck oder Kiel zu besuchen?

Sie meinen: undenkbar! Undenkbar! Auch für uns aus dem nördlichen Ostpreußen, das von der Sowjetunion annektiert wurde, war einmal unvorstellbar, was heute bittere Wirklichkeit ist. Warum also hätte nicht auch Schleswig-Holstein von der Sowjetunion annektiert werden können? Das Bundesland ist nur unwesentlich größer als das nördliche Ostpreußen und auch die Einwohnerzahl differierte 1939 nur um ein Fünftel. Ein Teil Schleswig-Holsteins war einmal slawisches Siedlungsgebiet (das nördliche Ostpreußen übrigens niemals). Und ganz gewiß ist der strategische Wert von Kiel und Brunsbüttel größer als der von Königsberg und Pillau; Sylt eignet sich zur Raketenbasis nicht weniger als die Kurische Nehrung.

Warum also ereilte Schleswig-Holstein nicht das Schicksal Nordostpreußens?

Gründe (und „Begründungen“) für eine Annexion gab es für die Sowjets genug, ihre Truppen standen (und stehen) doch bereits vor Lübeck!

Sicher war es nicht viel mehr als eine Laune der Fügung, wenn Schleswig-Holstein das Schicksal Nordostpreußens erspart blieb. In einer Welt der Gewalt ist nichts unvorstellbar.

Wir wollen froh darüber sein, wenn Schleswig-Holstein heute zur Bundesrepublik und damit zum freien Teil der Welt gehört. Wir wollen dankbar dafür sein und haben nicht das Recht, diese Freiheit willkürlich und überheblich zu gefährden. Wir haben vielmehr die Pflicht, allen Politikern und Strömungen entgegenzutreten, die unsere Freiheit herabwürdigen und Organisationen zu ihrem Schutz anzweifeln und verunglimpfen.

Stellen wir uns aber einmal das Unfassbare, jedoch Mögliche vor: Schleswig-Holstein wäre wie das nördliche Ostpreußen

KULTURNOTIZEN

Mit dem Georg-Dehio-Preis 1971, dem Preis der Kunstergilde für Kultur- und Geistesgeschichte, werden ausgezeichnet: Prof. Dipl.-Ing. Dr. Walter Kuhn, geboren 1903 in Bielitz/Oberschlesien, Hamburg; Dr. Heinz Ischreyt, geboren 1917 in Libau/Kurland, Lüneburg. Ehrengaben erhalten Hans Bergel, geboren 1925 in Kronstadt/Rumänien, München, und Alfred Cammann, geboren 1909 in Hann. Münden, Bremen. Die Preise werden in der Festsitzung der Eßlinger Begegnung am 14. Mai im Alten Rathaus in Eßlingen überreicht.

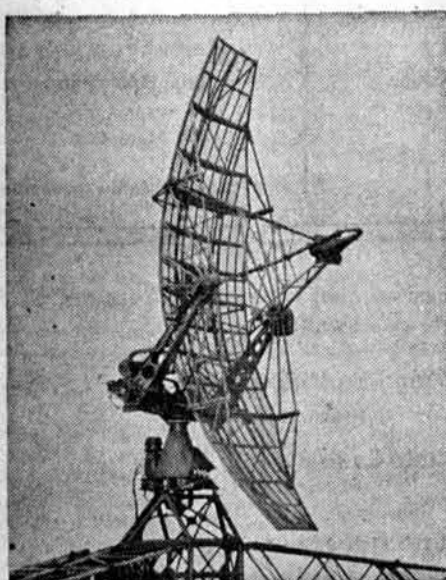
Das Gesamtwerk des Dichters Ernst Wiechert ist jetzt mit allen Rechten beim Verlag Kurt Desch, München, vereint. Mit der Auflösung des Rascher-Verlages in Zürich hat der Verlag folgende Werke übernommen: „Die Märchen“, „Der Totenwald“ und „Der weiße Büffel“. Für den Herbst dieses Jahres wird eine Neuauflage der „Märchen“ vorbereitet.

von den Sowjets annektiert. Was würde Herr Steffen tun? Würde er sich in Bayern Sepphosen anziehen und mit seinem Außenminister „glücklich“ darüber sein, daß das Land, aus dem heute die Milch von „glücklichen“ Kühen kommt, endgültig abgeschrieben werden soll. Wie würde er zu einer Regierung stehen, die Angst davor hat, von den Sowjets für die Abtreifung des Landes wenigstens Reisegenehmigungen zu den Grabstätten und eine Regelung der konsularischen Vertretung für die wenigen in der Heimat verbliebenen Landsleute zu fordern? Wäre Herr Steffen wirklich mit solch einer Regierung einverstanden? Oder wäre er heute vielleicht Vertriebenenpolitiker, der mit der ihm von Günter Grass bescheinigten Sturheit für „Schleswig-Holstein up ewig ungedeelt“ kämpfen würde?

Sicher wäre es interessant zu wissen, für welche der beiden Möglichkeiten sich Herr Steffen entschieden hätte. Heute kann er keine Antwort geben. Wenn er die erste Möglichkeit wählt, nimmt in Zukunft kein aufrechter Schleswig-Holsteiner von ihm ein Stück trockenes Brot; entscheidet er sich für die zweite Möglichkeit, erklärt er die außenpolitische Linie der Bundesregierung für Unsinn.

Genug der Gedankenexperimente, kommen wir zur Tat: Trennen wir uns von Politikern, die eine absurde illusionäre Politik betreiben. Schließen wir uns in unseren Landsmannschaften eng zusammen. Arbeiten wir für die Verbreitung unserer Meinung, indem wir offen für sie eintreten und für das Ostpreußenblatt werben.

Ihr Ernst Heinrich



Bei uns sehen Sie mit den Augen des 20sten Jahrhunderts.

Als Radar-Spezialist im Tower eines unserer Fliegerhorste haben Sie immer klare Sicht. Auch bei Nacht und Nebel. Dank fortschrittlichster Technik.

Durch Ihre Arbeit wird es möglich, den Flugverkehr zu leiten und zu lenken. Und fremde Flugobjekte sekundenschnell zu orten.

Unsere Radaraugen machen keinen Feierabend. Während andere schlafen, wachen sie

und ihr Bedienungspersonal. Um Sicherheit zu produzieren. In einem der modernsten Berufe, die es bei uns gibt.

Kommen Sie zur Luftwaffe. Für 4, 8 oder 12 Jahre. Lassen Sie sich als Radar-Techniker ausbilden. Ein Hauptschulzeugnis kann der Anfang sein. Und bis zu einem akzeptablen Gehalt und einer guten Position im Tower dauert es nicht lange.

Wir produzieren Sicherheit



Informationen erhalten Sie durch Einsendung dieses Coupons. Durch den Wehrdienstberater im Kreiswehersatzamt. Oder bei jedem Truppenteil.

Bitte informieren Sie mich über die Laufbahn der

☐ Offiziere ☐ In Heer ☐ Wehrtechnik (Beamtenlaufbahn)

☐ Unteroffiziere ☐ Luftwaffe ☐ Bundeswehr allgemein

(Gewünschtes bitte ankreuzen)

Marine ☐ Sanitätsdienst

Werbeiträger 271/221034/16/02/1/9

Name _____ Geburtsdatum _____

Vorname _____

Wohnort () _____

Straße _____

Beruf _____

Schulbildung: ☐ Mittlere Reife ☐ Abitur ☐ Fachschule ☐ Volkshochschule

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an Bundeswehramt, 5300 Bonn 7, Postfach 7120

Wichtig! Eingliederungsgesetz:
nach 12 Jahren Aufnahme in den öffentlichen Dienst.
Keine Existenzprobleme.

Am Palmsonntag ist mein geliebter Mann

Herbert Jonas
Lehrer i. R.
9. 7. 1899 4. 4. 1971
aus Gilgenburg und Preußisch-Eylau

nach schwerer Krankheit in die Ewigkeit gegangen.
Mit mir trauern alle seine Verwandten und Freunde. In unserem Gedächtnis und in dem seiner Schüler wird er weiterleben.

Im Namen aller Angehörigen
Waltraut Jonas, geb. Zakowski

4972 Vlotho, Steinstraße 13, am 4. April 1971
Die Trauerfeier fand am 7. April 1971 um 14 Uhr in der Friedhofskapelle in Vlotho statt.

Fern der geliebten Heimat nahm Gott der Herr meinen geliebten Mann, unseren treusorgenden Vater meinen guten Sohn, unseren Bruder, Schwager und Onkel

Landwirt

Willy Schwarz
* 12. 6. 1912 † 8. 2. 1971
aus Waldhof, Kreis Rastenburg

plötzlich und unerwartet aus einem schaffensreichen Leben zu sich in sein Reich.

In tiefem Schmerz
Elly Schwarz, geb. Klein
Dieter und Erika Köster, geb. Schwarz
Wilfried und Traute Rixe, geb. Schwarz
Paul Schwarz als Vater
und Anverwandte

49 Herford, Mülhentrift 29
Die Beerdigung fand am 12. Februar 1971 statt.

Am 2. April 1971 ist unser lieber Vater, Schwiegervater, Opa und Uropa

Förster

Paul Kühne
aus Peilen über Zinten

Im Alter von 85 Jahren von uns gegangen.

Im Namen aller Angehörigen
Hubert Kühne

632 Worms-Horchheim, Flemingstraße 8

Nach einem arbeitsreichen Leben entschlief mein lieber Mann, guter Vater, Schwager und Onkel

Walter Loertzer
* 17. 11. 1883 † 28. 3. 1971
aus Kallinen, Kreis Gumbinnen

In liebigem Gedenken
Hilde Loertzer
und Tochter Marlen

31 Celle-Wietzenbruch, Holzhausen 4

Ich weiß, daß mein Erlöser lebt.
Hiob 19, 25

Nach langem, schwerem Leiden entschlief heute mein lieber Mann, mein guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Paul Blank
aus Kumeihen, Kreis Samland

im 81. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Frieda Blank, geb. Sommerfeld
Armin Blank
Hildegard Blank, geb. Schüßler
und Doris

4401 Amelsbüren, Kappenberger Feld 8, den 6. April 1971

Ruth 1, Vers 16—17:
Wo du hingehst, da will ich auch hingehen,
wo du bleibst, da bleib' ich auch.
Dein Volk ist mein Volk und dein Gott ist mein Gott,
wo du stirbst, da sterbe ich auch,
da will ich auch begraben sein.

Fern ihrer Heimat sind meine lieben Eltern

Eitel Lardong **Anna Lardong**
geb. Stascheit
* 19. 10. 1893 † 30. 3. 1971 * 14. 8. 1902 † 31. 3. 1971
Elbings Colonie, Ostpreußen

plötzlich und unerwartet von uns gegangen.

In tiefer Trauer
Ruth Steeneck, geb. Lardong
Christian Steeneck

52 570 Brooktrails Dr., South Bend, Indiana 46 637
z. Z. 747 Ebingen (Württ.). Fasanenweg 5

Heute verstarb mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager

Kurt Anbuhl
aus Königsberg Pr.

Im Alter von 74 Jahren.

In stiller Trauer
Margarete Anbuhl, geb. Herrfurth
Reinhold Romberg und Frau Ilse,
geb. Anbuhl
Dr. Günter Anbuhl und Frau Christa,
geb. Klenke
und sieben Enkelkinder

3 Hannover, Dunantstraße 1, den 1. April 1971

Für alle unfaßbar, ist heute früh plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, mein guter Vater, unser lieber Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Landwirt und Hauptmann d. Res.

Gerd Dyck
aus Rotweiler, Kreis Gumbinnen, Ostpreußen

Im 72. Lebensjahre für immer von uns gegangen.

In tiefem Schmerz in aller Namen
Lotte Dyck, geb. Rohrmoser
Georg als Sohn

3578 Treysa, Lauterbacher Straße 11, den 15. April 1971

Fern der Heimat muß ich sterben,
die ich, ach, so sehr geliebt,
doch ich bin dort hingegangen,
wo es keinen Schmerz mehr gibt,
denn Jesus sprach: Ich rufe dich.

Durch einen tragischen Unglücksfall verloren wir am Ostersonntag unseren über alles geliebten Vater, Schwiegervater, unseren guten Opa und treuen Lebenskameraden

Johann Daduna
aus Borschimmen, Kreis Lyck

im 74. Lebensjahre.

In unsagbarem Schmerz
Christel Hinz, geb. Daduna
Friedrich Hinz
Ulrich, Martin, Susanne
Erna Freudenthal

3101 Bannetze, den 14. April 1971

Alfred Seefeldt
* 19. 7. 1888 † 17. 4. 1971
Ilgenhöf, Ostpreußen

Mein lieber Mann ging drei Tage vor unserer Goldenen Hochzeit in die Ewigkeit.

In Liebe und tiefer Trauer
im Namen aller Angehörigen
Hedwig Seefeldt, geb. Hensel

2148 Zeven, Heinrichstraße 19

Deutliche Schrift
verhindert Satzfehler

Am 18. April 1971 verstarb

Alfred Hein MdB
Vorsitzender
der Landesgruppe Niedersachsen e. V.

Als Beamter und Soldat, als Mitglied seiner Landsmannschaft und des Bundes der Vertriebenen, als Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages und des Bundestages stand Alfred Hein in schonungslosem, opferbereitem Einsatz für seine Heimat und für sein Vaterland. Über 20 Jahre hat er bis zu seinem Tode seinen Landsleuten und Ostpreußen treu gedient.
Wir danken ihm.

Der Bundesvorstand
der Landsmannschaft Ostpreußen
Frhr. von Braun Rehs Prengel

Wir trauern um den Tod unseres Vorsitzenden

Alfred Hein MdB

Unermüdetlich war er für seine Landsleute und für Ostpreußen tätig. In unserer Landesgruppe, in Verbänden des Bundes der Vertriebenen, in Ausschüssen und als Abgeordneter wirkte er getreu seinem Auftrag und seiner Verpflichtung als Ostpreuße.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Landsmannschaft Ostpreußen
Landesgruppe Niedersachsen e. V.
Raddatz Saßnick Jost

Nach langer Krankheit verstarb unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel

Hans Mierau
aus Landsberg, Ostpreußen
geb. 11. 11. 1911 gest. 11. 4. 1971

In stiller Trauer
Eva Schlemminger, geb. Mierau
Lieselott Kaiser, geb. Mierau
Leo Kaiser
Dorothea Haas, geb. Kaiser, und Familie
Renate Linhard, geb. Kaiser, und Familie
Edeltraud Harlacher, geb. Kaiser, und Familie
Allan Olsson

8561 Neunkirchen am Sand, Schäferweg 6, den 12. April 1971

Müh' und Arbeit war Dein Leben,
Ruhe hat Dir Gott gegeben.

Am 11. April 1971 entschlief plötzlich und unerwartet mein lieber Vater, unser lieber Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Schmiedemeister

August Balzer
aus Sontheim, Kreis Angerburg, Ostpreußen

Im Alter von 79 Jahren.

In stiller Trauer
Erwin Balzer
nebst Anverwandten

714 Ludwigsburg, Lortzingstraße 31
Die Beisetzung fand am 15. April 1971 auf dem Friedhof in Versmold (Westfalen) statt.

Nach einem gesegneten Leben voll unendlicher Liebe und nimmermüder Fürsorge für uns entschlief heute unsere innigstgeliebte, treusorgende Mutter und Schwiegermutter, unsere geliebte, herzengute Großmutter und Urgroßmutter, unsere liebe Tante

Anna Langmesser
geb. Thomaschewski
aus Gumbinnen, Ostpreußen, Am Bahnhof 5

im 86. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Heinrich Langmesser und Frau Sylvia, geb. Brandstätter
Eva Schäfer, geb. Langmesser
Otto Langmesser und Frau Elly, geb. Reschke
Edith Eberle, geb. Langmesser
Else Fintelmann, geb. Langmesser
Anni Langmesser
Heinz Zimmer und Frau Hildegard, geb. Langmesser
Enkel, Urenkel und Verwandte

3388 Bad Harzburg, Prof.-Otto-Nordmann-Straße 1a, den 8. April 1971
Wir haben unsere liebe Verstorbene am 14. April 1971 von der Friedhofskapelle Bad Harzburg aus zur letzten Ruhe geleitet.

Schon in den Jahren des Ersten Weltkrieges kam bei den politischen Kräften die Frage auf, welche Möglichkeit gegeben wäre, Polen wieder in einer eigenen Staatlichkeit zu errichten. Hierbei trafen die Polen die Überlegung, daß entweder das Deutsche Reich oder aber das zaristische Rußland der Verlierer dieses Weltkrieges sein würde. Wie bekannt, hat der spätere polnische Marschall Pilsudski dabei auf die deutsche Karte gesetzt und schon im Juli 1914 mit einem Aufruf die Polen aufgefordert, gegen Rußland zu kämpfen. Am 6. August 1914 schon kam es zum Einmarsch einer polnischen Legion aus Galizien nach Rußland-Polen.

Neben Pilsudski gab es andere polnische Politiker, die auf die russische Karte setzten. Sie waren zunächst in der Hinterhand, weil die Russen seinerzeit, da Polen für sie militärisch verloren war, nämlich im Jahre 1916, nicht bereit waren, ein „Freies Polen“ als Kriegsziel Rußlands zu proklamieren.

Unbeeinflusst von dieser Entwicklung hat man sich in Deutschland Gedanken darüber gemacht, wie diese Frage gelöst werden könnte. Es sind hierzu zahlreiche Gespräche zwischen Deutschland und Österreich geführt worden. So kam es im November 1916 zur Neugründung des Königreiches Polen.

Die Polen machten damals Ansprüche auf ukrainische und weißrussisch besiedelte Gebiete geltend, doch waren die Mittelmächte nicht bereit, derartige Wünsche zu erfüllen. Sie folgten in der Frage der ukrainischen Westgrenze — vielleicht aus taktischen Gründen — dem Selbstbestimmungsrecht. Mit diesen Entscheidungen brachten sie sich in Gegensatz zu den polnischen Vorstellungen, die eindeutig auf eine Wiederherstellung der Linie von 1772 im Osten abzielten. Die polnischen Politiker suchten im Westen entsprechende Verbündete. Zu ihrem Vorteil



Hitler und Stalin wirkten gemeinsam: deutsche Panzer überrollten Polen...

ritoriale Unverletzlichkeit durch Abmachungen garantiert werden.

Diese Forderung war der vorletzte in den vierzehn Punkten, die Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges proklamiert hatte. Hier sollte nicht unerwähnt bleiben, daß bei der Wahl Wilsons im Jahre 1916 dem erheblichen polnischen Wählerreservoir in den Vereinigten Staaten entsprechende Versprechungen gemacht wurden. Allein über die dann von Wilson entwickelten Vorstellungen über einen sicheren Zugang zum Meer und über ein Gebiet, das unbestritten von polnischer Bevölkerung bewohnt war, hatten die Polen bereits andere Auffassungen. Sie zielten auf die Grenzen von 1772 ab. Mit einer solchen Forderung wollten sie im Westen nicht nur Posen, sondern auch Oberschlesien, Ostpreußen, ganz Westpreußen einschließlich Danzig, das Ermland und Masurien, Memel und Litauen in diesen Staat eingegliedert sehen. Die Realisierung so weitgesteckter Pläne

neuen polnischen Staat ein, eine Eroberung, die von den Alliierten bereits 1923, von Litauen aber erst im Jahre 1938 nach einem polnischen Ultimatum anerkannt wurde.

Polnische Truppen stießen im Mai 1919 in die Ukraine vor und besetzten Ostgalizien. Entgegen den Vorstellungen der westlichen Alliierten nahmen die Polen weite Gebiete Weißrußlands in ihren Besitz und stießen im September 1919 bis nach Minsk, am 7. Mai 1920 sogar bis Kiev vor.

Bei diesem Stand der militärischen Operationen schaltete sich die britische Regierung im Frühjahr 1920 ein und empfahl einen Waffenstillstand auf einer Linie, die nach ihrem Außenminister Lord Curzon genannt wurde. Die Sowjets waren nicht bereit, dieser Curzon-Linie zuzustimmen, vor allem wohl auch deshalb nicht, weil die Rote Armee inzwischen vor Warschau stand.

Im August 1920 trat Pilsudski zum Gegenstoß

Pommerns und Teile von vier niederschlesischen und zwei ostpreußischen Kreisen. Gegen den Willen und gegen den Protest ihrer Bevölkerung wurde die Stadt Danzig in einen Freistaat umgewandelt und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt; Polen wurde aufgetragen, diesen Freistaat Danzig im Ausland zu vertreten und außerdem erhielten die Polen in Danzig weitgehende wirtschaftliche Vorteile.

Über das künftige Schicksal, d. h. über die staatliche Zugehörigkeit Südostpreußens, der östlichen Teile Westpreußens und Oberschlesiens sollte auf Grund von Volksabstimmungen entschieden werden, für die eine internationale Kontrolle vorgesehen war.

Nachdem in Teilen Ost- und Westpreußens am 11. Juli 1920 bei der Volksabstimmung die Bevölkerung sich mit 98 Prozent bzw. 92 Prozent für Deutschland entschieden hatte, waren die Polen noch weniger daran interessiert, eine ähnliche Abstimmung in Oberschlesien zu ermöglichen. Im März 1921 kam es schließlich zu dieser Volksbefragung, bei der 60,5 Prozent für Deutschland und 39,5 Prozent für Polen stimmten. Dabei haben selbst einige nach deutscher Volkszählung von 1910 polnischsprachige Gebiete für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland gestimmt.

Im Mai 1921 marschierten polnische Einheiten in Oberschlesien ein, doch konnte ein Annexionsversuch durch den deutschen Selbstschutz verhindert werden; das Abstimmungsgebiet, in dem sich 60,5 Prozent für Deutschland ausgesprochen hatten, wurde von den Alliierten zwischen Polen und Deutschland geteilt. Diese Entscheidung hat denn auch sofort erhebliche Reaktionen hervorgerufen und vor allen Dingen ist die deutsch-polnische Grenze auch bei den demokratischen Regierungen, die nach 1919 das Deutsche Reich verwalteten, auf heftige Kritik gestoßen.

Noch im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß im Jahre 1946 hat der frühere Reichskanzler Joseph Wirth (1921-1922) ausgeführt, alle deutschen Regierungen zwischen 1918 und 1933 und die deutsche Heeresleitung seien von der Sorge um den Bestand des Reiches beseelt gewesen, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen. Denn in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hätten die Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebietes gewaltsam vom Reich abzutrennen.

Sorgen der Demokraten

Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtretungen. Dabei war die Bewaffnung der Reichswehr kläglich. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Groener beschloßen daher, bei einem Angriff auf Polen Schlesien zu räumen. Wer angesichts dieser Tatsache noch behauptet, daß sie Angriffsabsichten gehabt hätten, ist zu bemitleiden. „Allen Provokationen der Polen gegenüber blieben wir ruhig und gelassen. Es war angesichts der jammervollen Lage an den deutschen Ostgrenzen selbstverständlich, daß Umschau gehalten worden ist, wie man wehrpolitisch die Lage verbessern könne. Als süddeutschen katholischen Demokraten war uns jeder Haß gegen Polen durchaus fern. Aber gerade meine Freunde und ich machten mit den Polen die bittersten Erfahrungen.“

Selbst während der Versailler Verhandlungen hat der britische Premier Lloyd George mehrfach erklärt, die Briten hätten niemals daran gedacht, Polen eine Provinz zu geben, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen ist. „Der Vorschlag, daß sich 2,1 Millionen Deutsche der Autorität eines Volkes unterstellen sollen, das im Laufe der Geschichte noch niemals gezeigt hat, daß es zu regieren versteht, dieser Vorschlag würde früher oder später zu einem neuen Krieg im Osten Europas führen.“ Und man sollte hier auch den „Daily Express“ (London) anführen, der im März 1939 schrieb: „Polen besteht, weil Frankreich es so will. Clemenceau schuf es, um Deutschland mit einem Ring von Feinden zu umgeben.“

Wir haben diese Betrachtung über die Errichtung des polnischen Staates in unserer Veröffentlichung „Polen zwischen Hitler und Stalin“ aus dem Grunde eingeblendet, weil, wie ein führender französischer Historiker der zwanziger Jahre einmal über das Vertragswerk von Versailles urteilte: „Es genügt, die Augen auf die Landkarte des neuen Europa zu werfen, um festzustellen, daß es nur dem Geiste der Laune, des Widerspruchs oder auch zufälligen Sympathien, wenn nicht zufälligen Diskussionen zwischen Alliierten, seine Entstehung verdankt.“



Neville Henderson, britischer Botschafter in Berlin (1940): „Versailles hat Hitler geschaffen!“

wirkte sich der Schock aus, der im Westen über die in Rußland ausgebrochene Revolution mit ihren Folgeerscheinungen zu verzeichnen war. Ein wirklicher Erfolg aber stellte sich für diese Politiker erst ein, als der amerikanische Präsident Wilson in seinen bekannten vierzehn Punkten, die am 8. Januar 1918 veröffentlicht wurden, als offizielles Kriegsziel der Alliierten Mächte bekanntgab, daß dieser unabhängige polnische Staat errichtet werden sollte, wobei Wilson davon ausging, daß er die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen sollte und daß ihm ein freier und sicherer Zugang zum Meer zugesichert werden sollte. Ebenso sollte diesem Staat die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die ter-

Polen zwischen Hitler und Stalin:

Staat aus der Retorte

Clemenceaus Absichten bei der Gründung Polens

setzte voraus, daß die Mittelmächte den Krieg verlieren würden, und als sich die endgültige militärische Niederlage der Mittelmächte im Herbst des Jahres 1918 abzuzeichnen begann, benützte der Präsidentschaftsrat in Warschau die Gelegenheit, am 7. Oktober die Unabhängigkeit Polens zu proklamieren. Ende Oktober verlangte Warschau bereits Posen und Galizien. Pilsudski übernahm die Staatsgewalt in Galizien und in Kongreß-Polen und wurde Kriegsminister der neuen polnischen Regierung, die bereits im Dezember die Beziehungen zum Deutschen Reich abbrach.

Die Polen begannen den Vormarsch gegen Westen. In Posen führte ein Aufstand dazu, daß die Provinz zu Polen kam; Versuche, auch in Westpreußen und Ostpreußen sowie in Oberschlesien eine derartige Lösung zu ermöglichen, waren jedoch zum Scheitern verurteilt. Auch im Osten versuchten die Polen die Stunde der Schwäche nach der Niederwerfung des zaristischen Rußland und der Revolution für sich zu nutzen. Mit einer Armee, die im April 1919 aus Frankreich durch Deutschland nach Polen zurückgeführt worden war, besetzten sie im Mai 1919 einen Teil des litauischen Gebietes mit seiner Hauptstadt Wilna und gliederten es dem

an. Es kam zu dem bekannten „Wunder an der Weichsel“ und schließlich zu dem Friedensschluß von Riga, in dem eine Grenze festgelegt wurde, die weit östlich der Curzon-Linie lag. Die zwischen der Curzon-Linie und der polnischen Ostgrenze lebende Bevölkerung umfaßte etwa 6 Millionen Ukrainer und Weißrussen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden, und nur etwa 1,5 Millionen Polen. In Versailles waren die Nationen mittlerweile zusammengekommen, die gegen Deutschland Krieg geführt hatten, und auch die Polen waren zur Teilnahme an dieser Friedensverhandlung eingeladen worden. In einer Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919 vertrat man die Auffassung, Wiedergutmachung des begangenen Unrechts sei das wahre Wesen der Gerechtigkeit. Im Zuge dieser Gerechtigkeit sollte in Versailles die Westgrenze gegen Deutschland festgelegt werden. Hier zeigte sich, daß weniger das Recht und die Selbstbestimmung der Völker den Ausschlag geben sollten, sondern vielmehr vor allem französische Vorstellungen, bei denen es darauf ankam, das Deutsche Reich als Großmacht auszuschalten. So wurde ohne jede Volksbefragung Polen im Versailles Vertrag der größte Teil der Provinz Posen und Westpreußen zugesprochen, der östliche Zipfel



... statt eines in Warschau angekündigten „zweiten Grunwald bei Berlin“: Polnische Lanzenreiter

Fotos (3) Archiv